



Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten

Miegerer Straße 30, 9065 Ebenthal, Bezirk Klagenfurt-Land

**Das Ansuchen ist bei der Marktgemeinde
spätestens bis 25.03.2026, 12:00 Uhr einzubringen.**

**Die Beurteilung, ob das Verbrennen im Freien im bebauten oder unbebauten
Gebiet liegt, obliegt der Prüfung der Behörde**

Antragsteller und zugleich
verantwortliche Person:

Adresse:

Tel. Nr. :

An den Bürgermeister der
Marktgemeinde Ebenthal in Kärnten
Miegerer Straße 30
9065 Ebenthal

Ansuchen bezüglich der Ausnahme vom Verbot des Verbrennens im Freien gemäß § 15 der Kärntner Gefahrenpolizei und Feuerpolizeiordnung (K-GFPO idgF)

Es wird hiermit das Ansuchen zur Ausnahme vom Verbot des Verbrennens im Freien gemäß § 15 der Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung abgegeben bzw. beantragt.

Örtliche Lage des Feuers:

.....
(Parz. Nr., Katastralgemeinde, Anschrift)

Geplanter Zeitpunkt des Entzündens: Datum Uhrzeit (zwischen 18.00-22.30 Uhr)

Grundeigentümer:

Die Zustimmung des Grundeigentümers (sofern dieser nicht zugleich der Antragsteller ist) ist zugleich mit dem ggst. Ansuchen nachzuweisen.

Es wird dezidiert darauf hingewiesen, dass bei Antragstellung die Zustimmung gegeben wird, dass die Feuerstelle begutachtet. Es fallen bei der Erledigung/Bearbeitung/negativer Beurteilung dieses Ansuchens bundes- und landesgesetzlichen Gebühren und Abgaben an, die vom Antragsteller zu tragen sind.

Ebenthal, am

Die Vorgaben des umseitigen Merkblattes werden mit der Unterschrift zur Kenntnis genommen.

.....
(Unterschrift des Antragstellers/verantwortlichen Person)

.....
(Unterschrift des Grundeigentümers)

Verbrennen im Freien 2026

Gemäß § 15 der Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, K-GFPO LGBI. Nr 67/2000 idgF ist im bebauten Gebiet das Verbrennen von Gegenständen im Freien verboten.

Der Bürgermeister hat auf schriftliche Ansuchen Ausnahmen vom Verbot zu bewilligen, wenn auf Grund der örtlichen Gegebenheiten und der Witterungsverhältnisse keine Gefahr für eine Ausbreitung des Feuers oder die Entwicklung eines Flugbrandes besteht. Wird diese Bewilligung erteilt, wird von der Behörde durch Auflagen sichergestellt, dass die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen, wie Überwachung des Verbrennens und Nachkontrollen der Feuerstelle, sichergestellt sind.

Außerhalb des bebauten Gebietes ist ein Verbrennen von Gegenständen im Freien verboten, wenn Verhältnisse vorherrschen, die ein Ausbreiten des Brandes oder die Entwicklung eines Flugbrandes begünstigen.

Die genaue Klassifizierung bzw. Beurteilung der Feuerstelle (ob bebautes oder nicht bebautes Gebiet) obliegt der Behörde. Um alle geplanten Vorhaben beurteilen zu können, werden Ansuchen ausnahmslos bis Mittwoch, den 25.03.2026, 12:00 Uhr angenommen. Die Ansuchen sind schriftlich mittels dem auf der Homepage abrufbarem Formular mit digitaler Signatur oder direkt im Marktgemeindeamt in analoger Form einzureichen. Später einlangende Ansuchen können organisatorisch nicht rechtzeitig erledigt werden.

Es wird dezidiert darauf hingewiesen, dass bei Antragstellung die Zustimmung gegeben wird, dass die Feuerstelle **durch einen Sachverständigen** begutachtet wird. Es entstehen dem Antragsteller für die Begutachtung **keine Kosten**, diese werden im Sinne des **Bürgerservices von Bgm. Ing. Christian Orasch** übernommen. Es fallen bei der Erledigung/Bearbeitung/negativer Beurteilung dieses Ansuchens bundes- und landesgesetzlichen Gebühren und Abgaben an, die vom Antragsteller zu tragen sind.

Beim Verbrennen im Freien dürfen nur biogene Materialien, das sind unbehandelte Materialien pflanzlicher Herkunft, wie z.B. Stroh, Holz, Re却holz, Schilf, trockener Grasschnitt sowie Baum- und Strauchschnitt verbrannt werden. Starke Rauch- oder Geruchsbelästigung ist zu vermeiden. Nach dem durchgeföhrten Ortsaugenschein durch den Brandsachverständigen darf die Feuerstelle nicht mehr verändert werden. Für die Löschhilfe sind geeignete Löschgeräte (z.B. Feuerlöscher, Gartenschlauch) bereitzuhalten.

Es wird dringend darauf hingewiesen, dass ein vorab in Brand setzen einer Feuerstelle Gefahrenpotential beinhaltet und freisetzt, welche meist schwerwiegende Folgen hat.

Feuerwehr-Notruf: 122

Anmerkung: Es wird mitgeteilt, dass das Bundesluftreinhaltegesetz (BLRG), BGBI. I Nr. 137/2002 idgF und die Verordnung des Landeshauptmannes vom 10.03.2011, Zahl: 15-LL-114/2010 idF LGBI. 35/2015, mit der Ausnahmen vom Verbot des Verbrennens biogener Materialien nach dem Bundesluftreinhaltegesetz erlassen wurden (Kärntner Verbrennungsverbot-Ausnahmeverordnung 2011 – K-VwAV 2010 idgF), zur Anwendung gelangen und diese durch den Antragsteller/Bewilligungsempfänger zu berücksichtigen sind.